INFORMATIONSVORLAGE

(Nr. 0250/2021)

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Jugendhilfeausschuss	06.07.2021	öffentlich

Intensivierung der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zur Bewältigung der durch die Corona-Pandemie bedingten Folgen

Sachverhalt:

Auf Vorschlag der Bundesministerin für Bildung und Forschung sowie für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat die Bundesregierung am 5. Mai 2021 das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ beschlossen. Es ist für die Jahre 2021 und 2022 mit insgesamt 2 Mrd. Euro ausgestattet, um die negativen Folgen der Corona-Pandemie für junge Menschen und Familien auszugleichen. Das Aufholprogramm für Kinder und Jugendliche ist ein wichtiges Signal an hoch belastete Familien in Deutschland. Die Corona-Pandemie bringt viele Familien mit ihren Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen an den Rand ihrer Grenzen. Durch geschlossene Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit sowie digitalisierte Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, Homeschooling, geschlossene Kindertageseinrichtungen und fehlende soziale Kontakte sind junge Menschen seit mehr als einem Jahr über die Maße belastet. Ihnen fehlen kontinuierliche formale und non-formale Bildungsangebote, Entwicklungsförderungen und der Austausch mit Freunden und Freundinnen. Viele Familien können ohne Unterstützung diese Lücken nicht kompensieren und aufholen. Die Einschränkungen, die junge Menschen erleben, werden ihre soziale und persönliche Entwicklung, Bildungsbiographie, berufliche Chancen und Perspektiven langfristig beeinträchtigen, dies zeigen auch deutliche aktuelle Studien zur Situation von jungen Menschen (z.B. die bundesweiten Studien der Universität Hildesheim JuCo und KiCo). Junge Menschen durch ein Bundesprogramm gezielt zu unterstützen und zu fördern, ist daher dringend notwendig, gerade, um Nachteile - insbesondere für Menschen in prekären Lebenssituationen - auszugleichen. Umso wichtiger ist, dass es nicht nur um 'Aufholung' von Bildungslücken geht, sondern auch um psychosoziale Entlastung, Freizeitaktivitäten für junge Menschen und spürbare 'Erholung'.

Schwerpunktmäßig wird von der Verwaltung des Jugendamtes vorgeschlagen, Möglichkeiten zu prüfen, wie die bereits vorhandenen Strukturen genutzt werden können, um die bestehende Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit mit den Mitteln des

Aufholprogramms, die dem Land Rheinland-Pfalz zugewiesen werden, zu intensivieren.

Hier geht es im Handlungsfeld der Jugendhilfe insbesondere um die Arbeitsfelder:

- Jugendarbeit und außerschulische Jugendbildung,
- Jugendpolitik,
- Schulsozialarbeit an weiterführenden Schulen,
- Sozialpädagogischen Beratung an Grundschulen,
- aufsuchende Jugendsozialarbeit/Jugendberufshilfe,
- außerschulische Bildungsangebote in der natur- und erlebnispädagogischen Jugendbildungswerkstatt,
- erzieherischer Kinder- und Jugendschutz,
- Jugendveranstaltungen des Sports.

Die Verwaltung des Jugendamtes wird sich mit den entsprechenden Netzwerkpartnerinnen und -partnern (z.B. AG Jugendpflege im Landkreis Trier-Saarburg, Kreisjugendring e.V., Arbeitstreffen Schulsozialarbeit im Landkreis Trier-Saarburg, AG Sozialpädagogische Beratung an Grundschulen im Landkreis Trier-Saarburg, Jugendberufsagentur, AG Suchtprävention in der Region Trier, AK Gewaltprävention in der Region Trier) in Verbindung setzen und die Problemlagen und die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Strukturen erörtern. Inwiefern eine konkrete Verbesserung der sozialen Infrastruktur im Landkreis Trier-Saarburg, in den oben genannten Arbeitsfeldern der Jugendhilfe zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie dann möglich ist, soll im Weiteren von der Verwaltung des Jugendamtes geprüft werden und in der Herbstsitzung dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden. Bei allen weiteren Überlegungen ist es der Verwaltung des Jugendamtes wichtig, die bestehende soziale Infrastruktur in den oben genannten Arbeitsfeldern der Jugendhilfe nachhaltig zu stärken und nicht zusätzlich durch kurzfristige Projekte oder die Beschäftigung von geringfügig Beschäftigten zu belasten. Voraussetzung hierfür ist es jedoch, dass die Förderrichtlinien des Bundes, die noch nicht vorliegen, dies ermöglichen.

Wie oben bereits erwähnt, sollen die unterschiedlichen Perspektiven in den Netzwerken der Jugendhilfe für die o.g. Arbeitsfelder zunächst erst zusammengetragen, geprüft und im nächsten Jugendhilfeausschuss beraten werden.